

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 80 (2005)
Heft: 6

Artikel: Entschieden für Frieden : 50 Jahre Bundeswehr
Autor: Uhde, Peter E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Versehen einen Kontakt? Oder ging einer der vielen Warnschüsse der Geiselnehmer fehl?

Putin wehrt sich

Wie dem auch sei – die Spekulationen schiessen üppig ins Kraut. Zur Zielscheibe der Vorwürfe wird Wladimir Putin. Ihm halten die Kritiker vor, er hätte die Kinder durch Nachgeben retten können. Aber insgesamt zielen Putins Gegner zu kurz. So chaotisch die Sicherheitskräfte vorgingen, so schlecht koordiniert der Krisenstab und die Bewaffneten arbeiteten, so schleppend die Information spielte – den Vorwurf, er hätte den Tod der Geiseln auf dem Gewissen, kann Putin entkräften.

Im Brennpunkt der Anschuldigungen steht die Behauptung, die Geiselnehmer hätten konkrete politische Forderungen gestellt. Mit Ausnahme Guzerjews, der vier Bedingungen gehörte haben will, dementieren alle Beteiligten, dass die Terroristen den russischen Rückzug aus Tschetschenien gefordert hätten. Auch Nur-Paschi Kulajew, der

einige überlebende Geiselnehmer, stellt heftig in Abrede, dass es der Märtyrerbrigade um Tschetscheniens Unabhängigkeit gegangen sei. Das Ziel der Aktion habe lautet, zwischen Inguschetien und Nordossetien einen Krieg anzuzetteln.

Putin führt überdies an, mit Terroristen werde nicht verhandelt; wer sich mit Geiselnehmern auf politische Verhandlungen einlasse, der gebe sich selber auf. Schlecht verläuft die Information erneut, was die Zahl der Verwundeten und der Toten betrifft. Wieder liegen die amtlichen Angaben viel zu tief. Aslambek Aslachanow, Putins Beauftragter am Ort des Geschehens, lässt verlauten, in den Spitäler von Beslan und der nahen Stadt Wladikawkas lägen 346 Verletzte. In Wirklichkeit waren es rund 600. Damit war endgültig auch die Behauptung vom Mittwoch widerlegt, die Zahl der Geiseln betrage 354. Erst recht schummelte Aslachanow, als er die Zahl der toten Geiseln mit 150 angab. In Tat und Wahrheit wusste der Krisenstab am 3. September schon am Abend, dass das Chaos von 13 Uhr mehr als 300 Kin-

dern, Eltern und Lehrer das Leben gekostet hatte.

Nur zwei Araber

Als Propaganda erwies sich sodann das Gerücht, es seien arabische Terroristen gewesen, welche die Schule überfallen hätten. Der russische Geheimdienst identifizierte die toten Geiselnehmer. Von den insgesamt 33 beteiligten Mitgliedern der Märtyrerbrigade waren nur zwei Araber: beide Mitläufer, nicht Hauptakteure. Angeführt wurde die blutige Operation von Tschetschenen. Insgesamt bereitete Beslan der russischen Führung einen empfindlichen Rückschlag. Dem «Emir» Bassajew war es gelungen, Dutzende von Fernsehequipen und Pressereporten, in den Kaukasus zu locken. Wieder sprach die Welt von Tschetschenien und dem dort andauernden Krieg zwischen Russland und den Aufständischen. Aber zur politischen und psychologischen Katastrophe geriet das Drama in der Schule Nummer 1 für Präsident Putin nicht, so tragisch es endete.



Entschieden für Frieden – 50 Jahre Bundeswehr



Von Himmerod nach Andernach

1955 war für die Bundesrepublik Deutschland ein entscheidendes Jahr in ihrer jungen Geschichte. In dieser und zwei weiteren Folgen werden wir die sicherheitspolitische Entwicklung in Deutschland behandeln. Dieser Teil beinhaltet die zehn Jahre bis zur Ernennung der ersten deutschen Soldaten, danach die Zeit des Kalten Krieges und die Einbindung in die NATO. Zum Abschluss folgt die Wiedervereinigung mit der Problematik der Hinterlassenschaft der NVA und die «Verteidigung am Hindukusch».

Die Bundeswehr feiert ihr fünfzigjähriges Bestehen. Der Reigen der Feierlichkeiten beginnt mit einem Festakt in Berlin. Der

Oberst a D Peter E. Uhde, Köln

7. Juni ist gewählt worden, weil Theodor Blank 1955 zum ersten Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland ernannt wurde. Aus dem «Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen», im allgemeinen Sprachgebrauch «Amt Blank» genannt, wird damit das «Bundesministerium für Verteidigung».



Ernennung der ersten Soldaten.

Das Programm der Stunde Null

Nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 wird es durch die Alliierten Sie-

germäkte in vier Besatzungszonen und die ehemalige Hauptstadt Berlin in vier Sektoren geteilt. Die Beschlüsse auf den

Konferenzen in Jalta/Krim (4.–12.2.1945) und Potsdam (17.7.–2.8.1945) waren die Grundlage hierfür, u. a. wurde im Potsdamer Abkommen beschlossen: «... völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.» Aber schon bald zeigte sich, dass zwischen den Alliierten (USA, England, Frankreich) und der UdSSR grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Entwicklung Deutschlands bestanden. Die Absichten der Grossmächte waren: Die UdSSR wollte ein sowjetisiertes Deutschland, um damit den Schlüssel für Westeuropa zu haben; die USA wollten durch Entnazifizierung, Umerziehung, Demokratisierung und wirtschaftlichen Wiederaufbau ein Glacis im freien Europa gegen die kommunistischen Machtbestrebungen schaffen; Grossbritannien wollte das bedrohte Empire «am Rhein verteidigen» und dazu brauchte es die Ruhr, Frankreich wollte seinen Rheinbundtraum verwirklichen.

Die Politik des Kalten Krieges beginnt

Auf zwei Reden sei in diesem Zusammenhang hingewiesen. Schon am 21. Februar 1946 sprach der amerikanische Präsident Truman von einer durch einen tiefen Graben geteilten Welt, von einer Aufteilung in «Gut» und «Böse». Der englische Premierminister Winston Churchill benutzte dann am 5. März 1946 bei einer Rede die Formulierung: «Von Stettin an der Ostsee bis nach Triest an der Adria hat sich ein eiserner Vorhang über den Kontinent gesenkt ...» Die Vorboten des «Kalten Krieges» waren also schon 1946/47 zu erkennen.

Als erste Schritte zu einem staatlichen Gewaltmonopol genehmigen die Westalliierten in ihren Besatzungszonen die Bildung von kommunalen Polizeien. In der sowjetischen Besatzungszone wird schon von Juni 1945 an eine Polizei, bald als «Volkspolizei» bezeichnet, aufgebaut. Die Länder bekommen je eine Polizeibehörde, die ab 1948 zentral von Ost-Berlin geführt werden. Ab Ende 1946 wird auch eine kaserierte Grenzpolizei aufgestellt.

Berlin wird geteilte Frontstadt

In den Ländern Westdeutschlands haben sich die Alliierten eigene «Hilfsdienste» mit deutschem Personal geschaffen. Diese «Dienstgruppen» sind hauptsächlich im Bau-, Transport- und Minenräum- und Wachdienst tätig. Bei dem ersten Konflikt des Kalten Krieges, der Blockade West-Berlins durch die Sowjets, spielen diese in der logistischen Unterstützung eine bedeutende Rolle. Berlin kann ab dem 24. Juni 1948 nur noch durch die Luft versorgt wer-



Einkleidung

den. Die grösste Luftbrücke transportiert für die Berliner alle lebensnotwendigen Güter. «Völker der Welt, schaut auf diese Stadt ...», diese Worte des Regierenden Berliner Bürgermeisters Ernst Reuter sind in die Geschichtsbücher eingegangen. Der Versuch der Sowjets, sich Berlin gefügig zu machen, scheitert. Am 12. Mai 1949 werden die Landwege nach Berlin wieder geöffnet. Schon seit September 1948 tagt der Parlamentarische Rat, um für das neue westdeutsche Staatsgebilde eine Verfassung zu erarbeiten. Das gelingt in relativ kurzer Zeit, schon am 8. Mai wird das Grundgesetz (GG) angenommen und am 23. Mai 1949 verkündet. Es ist verständlich, dass vier Jahre nach der totalen Niederlage Deutschlands im GG von Streitkräften keine Rede ist.

Aber schon vor der Verkündigung des GG haben sich einige Nationen zu einem «Verteidigungspakt» zusammengeschlossen. Einer der Gründe ist die aggressive Politik der UdSSR, die seit 1949 auch Atomwaffen besitzt. Der seit 1947 bestehende Vertrag von Dünkirchen, ein Sicherheitspakt gegen Deutschland zwischen Grossbritannien und Frankreich, war schon 1948 zum Brüsseler Pakt erweitert worden. Die Niederlande, Belgien und Luxemburg waren hinzugetreten, sie beschlossen eine gemeinsame Verteidigung. Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch die UdSSR erfolgt am 4. April 1949 die Gründung der North Atlantic Treaty Organisation, kurz NATO. Zu den bisherigen Vertragspartnern treten Dänemark, Island, Italien, Norwegen, Portugal, die USA und Kanada bei.

Korea: Bis heute ein geteiltes Land

Der Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950, als kommunistische Nordtruppen in das südkoreanische Territorium einfallen, löst nicht nur bei den Weltmächten, sondern auch in der ohne eigene Verteidigungskräfte gerade ein Jahr alten Bundesrepublik einen Schock aus. Was wäre, wenn sowjetische Truppen aus der DDR heraus die Demarkationslinie überschreiten würden? Waren die Alliierten bereit, ihre Streitkräfte zur Verteidigung Deutschlands einzusetzen? Diese Frage stellen sich nicht nur verantwortliche Politiker in Bonn.

Schon seit Mai hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer, nicht gerade ein Freund von Militär, einen Berater für Militär- und Sicherheitsfragen in das Palais Schaumburg, seinen Amtssitz, geholt. Der General der Panzertruppen a.D. Gerhard Graf von Schwerin soll sich hier unter der Tarnbezeichnung «Zentrale für Heimatdienst» um aktuelle Sicherheitsfragen der Bundesrepublik Deutschland kümmern. Der Ausbruch des Korea-Krieges gibt den Verteidigungsplänen einen starken Schub. Vom 3.–6. Oktober 1950 findet in dem Eifelkloster Himmerod eine Tagung von Militärexpererten statt. Die anschliessend formulierten sog. «Himmeroder Denkschrift» gilt heute noch als Gedanken- und Planungsgrundlage für die späteren Streitkräfte.

Der europäische Ansatz scheitert

Am 24. Oktober 1950 schlägt der französische Ministerpräsident Pleven die Schaf-

fung einer europäischen Armee vor. Die Bundesregierung erklärt sich grundsätzlich zur Mitarbeit an den Vorschlägen bereit. Am 9. Januar 1951 beginnen auf dem Petersberg bei Bonn die Besprechungen mit den Hohen Kommissaren über die militärischen Voraussetzungen eines deutschen Verteidigungsbeitrages. Vertreter der Bundesrepublik Deutschland ist Theodor Blank, den der Bundeskanzler zum Nachfolger Schwerins berufen hatte. Seine militärischen Sachverständigen sind die ehemaligen Generale Adolf Heusinger und Dr. Hans Speidel.

Konrad Adenauer hat erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten, die Ratifizierung der Verträge durchzusetzen. Schliesslich werden die Verträge in der 3. Lesung des Deutschen Bundestages am 19. März 1953 angenommen. Während im «Amt Blank» die Vorbereitungen für den deutschen Verteidigungsbeitrag nun zügig geplant werden, verstärken sich die Widerstände in Frankreich gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Unterschiedliche Gründe sind die Ursache. Die Niederlage von Dien Bien Phu in Indochina am 7. Mai 1954 hat die Regierung geschwächt. Die alten Gegensätze zu Deutschland werden wieder hervorgeholt. Eine grosse Anzahl kommunistischer Abgeordneter lässt sich von der UdSSR beeinflussen und opponiert gegen die EVG-Politik. Am 30. August lehnt die französische Nationalversammlung ab, den Vertrag weiter zu behandeln. Der Versuch einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheitert.

Grossbritannien ergreift die Initiative

Die Enttäuschung über das Misslingen ist bei allen Beteiligten gross. Am 28. September 1954 beginnt in London die Neunmächte-Konferenz. Das Ergebnis sind die sog. Pariser-Verträge. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeuteten sie die Beendigung des Besetzungsregimes, den Abschluss eines Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte, den Beitritt zur Westeuropäischen Union und zur NATO sowie die Regelung der Saar-Frage. Als auch Frankreich dem Vertragswerk zustimmt und die Ratifizierung am 5. Mai abgeschlossen ist, ist die Bundesrepublik Deutschland am 8. Mai 1955, zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, gleichberechtigtes Mitglied in der Verteidigungsgemeinschaft der freien Völker.

Die notwendige Wehrgesetzgebung

Schon im Februar 1954 hatte der Bundestag mit der verfassungsgebenden Zweidrittelmehrheit ein Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes verabschiedet. Es bestimmte u.a., dass die «Verteidigung einschliesslich der Wehrpflicht vom vollendeten 18. Lebensjahr an in die ausschliessliche Gesetzgebung des Bundes fällt».

Im Juni 1955 erscheint die Informationschrift: «Vom zukünftigen deutschen Soldaten. Gedanken und Planungen der Dienststelle Blank». Bundeskanzler Adenauer schreibt im Vorwort: «Die Veröffentlichung soll dazu beitragen, Zweifel zu beseitigen, Klarheit zu schaffen und die Überzeugung von den Werten eines Soldatentums zu festigen, das seine Aufgabe in der Bewahrung der freiheitlichen Lebensordnung und des Friedens sieht. Diese Aufgabe wird dem Soldaten vom Volk gestellt; um sie wirksam erfüllen zu können, muss er vom Vertrauen des Volkes getragen sein.»

Die ersten beiden Wehrgesetze sind das «Freiwilligengesetz» und das Gesetz über den Personalgutachterausschuss, die am 15./16. Juli vom Bundestag verabschiedet werden. Das Freiwilligengesetz berechtigt die Bundesregierung, 6000 Freiwillige für den Aufbau von Schulen und Lehrverbänden einzustellen. Der Personalgutachterausschuss hat die Aufgabe, Bewerber vom Dienstgrad Oberst an für eine Einstellung in die Streitkräfte zu prüfen.

Nach der Ausgliederung des Amtes Blank aus dem Bundeskanzleramt und Bildung des «Bundesministerium für Verteidigung» sind bis zum 1. August 1955 über 150 000 freiwillige Meldungen für die Streitkräfte dort eingegangen. Ende Juli werden die ersten ehemaligen Offiziere in das NATO-Hauptquartier SHAPE nach Fontainebleau und zur Ausbildung an Düsenflugzeugen in die USA und Grossbritannien entsandt. Im September erklärt die Bundesregierung ihre Aufstellungs- und Zeitpläne für die Streitkräfte. Bis zum 1. Januar 1959 sollen es beim Heer zwölf Divisionen sein. Dass dies nicht zu verwirklichen war, stellt sich später heraus. Die ersten Ernennungsurkunden durch den Bundespräsidenten werden am 10. Oktober unterschrieben.

Geburtsstunde in einer Fahrzeughalle

Die offizielle Übergabe an die ersten 101 Freiwilligen erfolgt am 12. November 1955.

Dieser Tag ist bewusst gewählt worden. Es ist der 200. Geburtstag von Gerhard David von Scharnhorst, dem preussischen Heeresreformer. Die Zeremonie findet in einer ehemaligen Kraftfahrzeughalle der Ermekeilkaserne in Bonn statt. Das einzige Symbol an der Wand ist das Eiserne Kreuz, es sprechen nur Theodor Blank und Generalleutnant Heusinger, der zusammen mit Generalleutnant Speidel an diesem Tag die Ernennungsurkunde erhält. Nur fünf der Teilnehmer tragen Uniform und Schirmmütze. Die beiden Generale haben keine Kopfbedeckung auf. Heusingers Mütze wurde zu gross geliefert. So sieht man auf Fotos beide mit der Mütze und der Ernennungsurkunde in der Hand.

Am 2. Januar 1956 blickt die Welt nach Andernach. In dem kleinen Städtchen am Rhein rücken die ersten Freiwilligen des Heeres ein. Die Luftwaffe beruft nach Nörvenich/Rheinland und die Marine nach Wilhelmshaven ein. Am 20. Januar besucht Bundeskanzler Adenauer erstmals die neuen Streitkräfte in Andernach. Ab April 1956 tragen sie den Namen Bundeswehr.



Sie leben weiter, als gäbe es keinen Abzugsplan

Im 12. Jahrhundert vor Christus wurde die Küstenebene von Kanaan, der heutige Gazastreifen, von den Philistern erobert. Dieses Seevolk vermischte sich friedlich mit den Kanaanäern und entwickelte erfolgreich die Städte Gaza, Aschkelon, Gat, Aschdod und Ekon. Zur gleichen Zeit eroberte das aus Ägypten zurückkehrende Volk Israel das restliche Gebiet von Kanaan mit alttestamentarischer Gewalt. Sämtliche Männer wurden mit dem Schwert getötet, die Frauen und Kinder versklavt (5. Mose 20; 10-20).

Die Philister hingegen konnten sich – trotz Konflikten mit Israel – mit ihren überlegenen Waffen und ihrer beachtlichen Kultur behaupten. (1. Sam. 4).

Heute werden 40 Prozent des Gazastreifens von rund 8000 Siedlern beansprucht. Auf den restlichen 60 Prozent drängen sich 1,4 Millionen Palästinenser. Wen wunderts, dass diese Siedler ihre Privilegien und ihren herrschaftlichen Status in ihren 21 geschützten Territorien nicht preisgeben wollen.

Wäre es angesichts des sich aufbauenden Widerstandes für Sharon nicht sinnvoller und billiger, die Wachtürme und Barrieren abzubauen, den Stacheldraht einzurollen, die Armee abzuziehen und die freiwillig zurückbleibenden Siedler vertrauensvoll der künftigen Rechtsstaatlichkeit der Palästinenser zu überlassen, analog dem Status der in Israel lebenden Palästinenser? Major T. E. Itin, Basel